

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 26.01.2010
Sitzung Nummer:	3 (JHA/03/2010)
Sitzungsdauer:	18:34 - 20:15 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Dr. Michael Kühn
Vorsitzende/r

Martina Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Michael Kühn

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Edith Braun
Herr Gerald Eisenhut
Herr Horst Janas
Frau Ursula Rensmann
Frau Kerstin Schmidt
Herr Ewald Kittner
Frau Petra Panse
Frau Anja Seiler

beratende Mitglieder

Frau Heidemarie Henning
Herr Bernd Jonschkowski
Frau Stephanie Mertens
Frau Kathrin Müller
Frau Anneliese Raup
Frau Rabea Reinhold
Frau Carola Schulz
Herr Carsten Wulfänger

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Protokollführer

Frau Martina Friedrichs

von der Verwaltung

Frau Heide Lore Klapötke

Gäste

Frau Daniela Groß
Herr Marco Hertzfeld

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ralf Bergmann
Herr Marcus Graubner
Herr Waldemar Schreiber

Herr Bernd Zürcher

beratende Mitglieder

Herr Carsten Kloth

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 2. Sitzung vom 08.12.2009
- 4 Informationen zum ESF-Programm "Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" (Gäste: Frau Groß (Netzwerkstelle Schulsozialarbeit), Frau Klapötke, Frau Dr. Bergmann)
- 5 Struktur und Aufgaben des Jugendamtes (BE: Frau Müller)
- 6 Informationen zum Kinderschutzgesetz (BE: Frau Müller)
- 7 Anfragen und Hinweise

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Kühn eröffnet um 18.34 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Dr. Kühn stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 2. Sitzung vom 08.12.2009

Herr Dr. Kühn stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 2. Sitzung fest. Es wurden keine Einwände erhoben.

zu TOP 4 Informationen zum ESF-Programm "Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" (Gäste: Frau Groß (Netzwerkstelle Schulsozialarbeit), Frau Klapötke, Frau Dr. Bergmann)

Herr Dr. Kühn stellt die Gäste Frau Groß von der Netzwerkstelle Schulsozialarbeit, Frau Klapötke vom Jugendamt sowie Frau Dr. Bergmann von Schulverwaltungs- und Kulturamt vor.

Frau Dr. Bergmann informiert die Ausschussmitglieder kurz darüber, was mit dem Projekt zur Vermeidung von Schulversagen ... gemeint ist. Das Projekt wurde durch das Sozialministerium und das Kultusministerium initi-

iert, wobei die Hauptlast beim Sozialministerium liegt. Das, was wir über das ESF-Programm in den Schulen machen, gemeinsam mit vier freien Trägern im Landkreis, ist zwar eine Sache, die in den Schulen stattfindet, dabei aber als Maßnahmen der Jugendhilfe in den Schulen läuft und durch die Schulen begleitet wird.. Beide Bereiche, Schule und Schulsozialarbeit, laufen ein Stück weit nebeneinander her, weil es einfach organisatorisch so gewollt ist. Das hat Gründe und ist auch an der einen oder anderen Stelle sinnvoll. Seit 2007, da hatten wir den ersten Entwurf zur Durchführung dieser Richtlinie, haben wir gemeinsam mit dem Jugendamt überlegt, wie kommen wir ganz gezielt an Schulen heran. Wir wollten ganz gezielt und ganz bewusst eine gemeinsame Plattform mit den Schulen erreichen. Das haben wir in der Form geschafft, dass wir von vornherein mit dem Jugendamt gemeinsam und den schulfachlichen Referenten vom Landesverwaltungsamt ins Gespräch gekommen sind. Wir haben das vorgestellt und gesagt, dass wir das gemeinsam mit den Schulleitern auf die Bahn bringen wollen, damit die Schulleiter sich alleine mit der Thematik auseinandersetzen müssen. Schulleiter werden mit vielen Programmen konfrontiert, sie sondieren und sortieren aus. In mehreren Runden wurde diese Richtlinie vorgestellt, den Schulleitern wurden die für die Vorbereitung notwendigen Dinge dargelegt, denn die Schulen mussten sich entscheiden, ob sie sich daran beteiligen wollen. Wenn Sie sich dafür entschieden haben, wurde innerhalb der Schule eine Analyse erstellt, wo die Schwerpunkte liegen, um dann einen Vertrag eingehen zu können. Dann stand die Frage: Welcher freie Träger geht in welche Schule? So stellten sich die freien Träger den Schulleitern vor, um einen Zugang zueinander zu finden. Vier freie Träger (der Internationale Bund, der Paritätische, das Diakoniewerk Osterburg und das DRK) legten den Schulleitern gemeinsam ihre Herangehensweise dar mit dem Ergebnis, dass alle vier Partner sich relativ schnell für die einzelnen Schulen entschieden haben. Somit waren wir an vielen Stellen weiter als die Kollegen im Land, die sich mit diesem Programm auseinandergesetzt haben. Wir haben ca. ein Jahr Arbeit hinter uns. Als wir wussten, welche Schule mit welchem Partner zusammenarbeitet, gab es noch eine Zwischenzeit, weil das Kultus- bzw. das Sozialministerium einfach noch nicht soweit war und die Richtlinie aus dem Entwurfsstadium nicht herauskam und wir nichts zur Anwendung bringen konnten. Wir sind gut mit einander im Gespräch. Sozialarbeit in der Schule ist keine Sache, die man nach drei Monaten abrechnen kann. Letzte Woche wurde eine Zwischenbilanz gezogen. Die Schulen bestätigen, dass sie froh sind, in diesem Programm drin zu sein und dass es anfängt, auch erfolgversprechend zu werden.

Frau Klapötke bekräftigt, dass wir uns im Entwurfsstadium zusammengesetzt und herausgearbeitet haben: Wo wollen wir hin? Was ist Ziel des Programms? Es heißt ja, dass die Schulabbrecherquote und die Schulerfolgsquote um die Hälfte gesenkt werden soll, wenn dieses Programm zu Ende ist. Es ist nicht die klassische Schulsozialarbeit, die sich um den Jugendlichen und das Kind kümmert, sondern es hat einen ganz bestimmten Zweck zu erfüllen, der nachweisbar sein muss, weil im Vorhinein jede Schule, die sich beteiligen wollte, auch ganz genaue Zahlen liefern musste, wieviel Prozent der gesamten Schülerschaft erreicht den Schulabschluss? Liegt man im Landesdurchschnitt oder drunter bzw. drüber? Hat man eine Chance, überhaupt einen Schulsozialarbeiter zu bekommen? Es war eine völlig neue Qualität in der Zusammenarbeit. Uns ist es gelungen, dass wir sehr gut miteinander kommunizieren – die Schulleiter waren heiß auf dieses Programm und standen in den Startlöchern, aber es blieb bei dem Entwurf und wir wurden getröstet. Auch nach Beginn des Schuljahres kam nichts zustande.

Wir haben im Vorfeld zum Entwurf Stellung genommen und haben Vorschläge gemacht. Dieses Programm besteht aus drei Säulen, das sind a) die Netzwerkstelle, b) die bedarfsbezogene Schulsozialarbeit und c) die bildungsbezogenen Angebote. Die Netzwerkstelle ist diejenige, die die einzelnen Schulsozialarbeiter, die freien Träger koordinieren soll. Alle drei Säulen sind gleichzeitig angefangen worden. Wir haben vorgeschlagen, die Netzwerkstelle möge Vorlauf haben, damit man weiß, wo soll Schulsozialarbeit passieren, was haben wir im Landkreis, was muss miteinander verknüpft werden? Wenn alle gleichzeitig anfangen, weiß die Netzwerkstelle genauso viel wie die Schulsozialarbeiter. Aber diese erwarten etwas von der Netzwerkstelle, was sie nicht leisten kann. Leider ist es genauso gekommen, man hat nicht auf uns gehört. Der Landkreis selbst wollte diese Netzwerkstelle betreiben, aber da gibt es in den Förderrichtlinien bestimmte Punkte, dass die Mitarbeiter der Netzwerkstelle nach Kommunaltarif bezahlt werden müssen und der ist höher als der Landstarif. Somit hätte der Landkreis eine gewisse Differenz zahlen müssen und das fiel bei unserer Haushaltssituation aus.

Zu dem Zeitpunkt hatten wir als Jugendamt das Konzept für die Netzwerkstelle fertig und haben dann in einer Hau-Ruck-Aktion allen freien Trägern dieses Konzept zur Verfügung gestellt und gesagt: Bewerbt euch, dass wir die Netzwerkstelle nach Stendal bekommen. Das haben zwei Träger gemacht und das DRK hat den Zuschlag bekommen. Richtig in Gang gekommen ist alles dann mit Schuljahresbeginn 2008/09.

Frau Groß zieht ein Resümee des letzten Jahres. Ursprünglich hieß die Richtlinie „Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs“. Nun heißt das Programm abgekürzt „Schulerfolg sichern“ – das ist positiv formuliert, jeder kann damit arbeiten.

Über den Beamer stellt sie nun das Programm vor (siehe Anlage) und gibt kurze Erläuterungen dazu.

Herr Dr. Kühn fragt noch mal nach. Es handelt sich also um europäische Mittel, die durch das Kultus- und das Sozialministerium in Sachsen-Anhalt verteilt werden.

Frau Groß erklärt, dass das Landesverwaltungsamt den „Hut aufhat“.

Frau Klapötke erläutert, das Sozialministerium ist der „Mittelvergeber“. Frau Groß ist die Netzwerkstelle und die Träger sind die Zuwendungsempfänger – alles nebeneinander, deswegen auch der Begriff „Säulen“.

Herr Dr. Kühn hat noch eine Nachfrage zu den Schulsozialarbeitern. Die bekommen Sie einfach für ein Jahr, die warten praktisch auf diese Stelle. Das scheint alles sehr kurzfristig zu sein.

Dazu antwortet Frau Schmidt. In den fast 1 ½ Jahren waren wir auf der Suche nach Fachkräften. Wir kannten die Bedingungen, welcher Abschluss vorliegen muss. Es standen alle in der Warteschleife (haben z. T. noch nicht in der Altmark gewohnt, haben woanders gearbeitet, wären gerne hierher gezogen), dann waren sie plötzlich weg. Diese Fachkräfte findet man nicht überall. Wir haben sie gefunden und mussten das auch konkret anhand von Zeugnissen nachweisen.

Herr Dr. Kühn: Es gibt also Kettenarbeitsverträge Jahr für Jahr.

Frau Schmidt antwortet, dass die Verträge jetzt bis Juli 2010 laufen. Wenn der Antrag durchgeht und die Förderung weiter stattfindet, geht es bis Ende des Schuljahres 2012, dann müssen wir neu beantragen. Die Kollegen wissen nie, geht es weiter oder nicht.

Frau Klapötke erklärt, dass das aber aus der Richtlinie nicht hervorging, der Förderzeitraum war 2007 bis 2013. Wir sind alle davon ausgegangen: Ist Schulsozialarbeit bewilligt, dann auch für diesen Zeitraum. Von der jahresweisen Bewilligung waren wir alle sehr überrascht. Frau Braun begrüßt es sehr, wie die einzelnen Ämter sich in diesen Wirrwarr von Formalismen reingearbeitet haben. Ihr Problem ist aber, dass wir uns das einfach nicht gefallen lassen dürfen, wenn eine geförderte Maßnahme einen Zeitraum darstellt und im Nachgang wird dann nur mit Befristung gearbeitet. Wie soll man in der Schulsozialarbeit mit diesem Unsicherheitsfaktor etwas aufbauen? Die ganze Kraft, die man in die Arbeit mit den Kindern stecken soll, verbraucht man in Formalismen. Das ist unerträglich. Hier muss eine Rechtssicherheit entstehen und wir müssen uns gegenüber dem Landesverwaltungsamt wehren, dass wir so etwas nicht hinnehmen wollen.

Frau Schulz interessiert sich dafür, auf welchem Stand wir jetzt sind. Ist jetzt alles, was uns damals in Tabellenform vorgelegt wurde, besetzt oder muss noch eine Schule besetzt werden (da ja nur 9 von 10 Schulen Sozialarbeiter haben).

Frau Groß antwortet, dass alle Projekte, die einen Zuwendungsbescheid erhalten haben, sind mit einem Schulsozialarbeiter besetzt und laufen. Die zehnte Schule (Sekundarschule Bismark) wollte dieses Projekt nicht und die beiden Förderschulen (LB Kietz und Osterburg) auch nicht.

Frau Schulz fragt noch mal nach, wenn die Schulen jetzt noch wollten, ob sie dann noch Schulsozialarbeiter bekommen würden.

Das verneint Frau Groß. Es müsste wieder eine Antragsfrist eröffnet werden, um Schulsozialarbeit zu beantragen. Man könnte es versuchen.

Frau Braun fragt noch mal nach den Gymnasien. Beim Eintritt ins Gymnasium sind es 47 % der Schüler, das Abitur machen aber nur 23 %, das ist ein sehr hoher Schwund. Diese Kinder bedürfen doch mit Sicherheit der Schulsozialarbeit. Viele Kinder hätten sicher die Chance, mit Schulsozialarbeit das Abitur zu schaffen. M. E. nach haben die Gymnasien einen genauso hohen Bedarf an Schulsozialarbeit wie die Sekundarschulen.

Herr Janas fragt nach dem Fazit. Sachsen-Anhalt liegt mit Schulabbruch über dem Durchschnitt. Kann man eigentlich jetzt schon kleine Veränderungen spüren? Oder ist das Problem aufgrund der zeitlichen Frage bis 2013 gar nicht machbar?

Frau Groß erklärt, was auf jeden Fall schon erreicht worden ist, ist, dass die Schulsozialarbeit sich überhaupt an den Schulen etablieren konnte. Es gibt ganz viele Interessierte an der Schulsozialarbeit, ganz viele Partner. Es konnten über die Schulsozialarbeiter schon ganz viele Angebote für die Schüler gemacht werden. Es findet Einzelfallarbeit an den Schulen statt, die Schulen haben Wege gefunden, wie die Informationen über bestimmte Schüler und ihre Bedarfe an die Schulsozialarbeiter laufen. Wir sind jetzt an einem Punkt, wo wir anfangen können, Ergebnisse zu schaffen.

Zu der Laufzeit kann ich sagen, dass es vom Sozialministerium die Aussage gab, dass, wenn jetzt nicht zu viele Mittel abgerufen werden, das Geld auch länger reichen könnte.

Wir sind bemüht, alles als Ganzes darzustellen. Man kann nicht eine Schule nur an einer Zahl messen. Z. B. haben wir nur an der Comenius-Schule das produktive Lernen und bedienen damit ein ganz bestimmtes Klientel.

Herr Dr. Kühn bemerkt, dass es aber im europäischen Ausland sehr wohl Schulsozialarbeit gibt, da könnte man sich bestimmt was abgucken.

Darauf antwortet Frau Groß, das jedes andere Bundesland flächendeckend Schulsozialarbeit hat. Bayern hat z. B. beschlossen, die Schulsozialarbeiterstellen von 350 auf 1000 zu erhöhen. In Sachsen-Anhalt sind wir jetzt befristet bei 150 Stellen. Es lohnt sich auf jeden Fall zu kämpfen.

Frau Henning unterstreicht, dass das Programm sehr positiv ist. Bei über vierhundert Schülern ist ein zweiter Sozialarbeiter nicht zuviel, wir würden gerne noch mehr nehmen. Man hat durch dieses Programm die Möglichkeit, den 2. Schulsozialarbeiter, der über die freien Träger kommt, speziell mit dieser Aufgabe „Schulerfolg sichern – Schulabbrecher vermeiden“ zu betrauen. Es gibt ganz vielschichtige Probleme. Auf jeden Fall ist bei den kleineren Schülern anzufangen sehr wichtig. Wünschenswert ist die Fortsetzung mit dem selben Partner, dass man die Dinge langfristig in Angriff nehmen kann. Wir wollen und können nicht darauf verzichten. Hilfreich dabei ist die Koordinierung aller Schulsozialarbeiter.

Zur Analysetätigkeit: Wenn man erfassen soll, wie viele Schüler man ohne Abschluss hat, dann geht das nicht so einfach, weil in den einzelnen Einrichtungen unterschiedliche Bildungsgänge sind (Hauptschulklassen, Schüler aus dem produktiven Lernen oder nur Realschulklasse). Wie groß ist der Anteil an Ausländern/Aussiedlern? Das ist sehr schwierig darzustellen. Die Comeniuschule z. B. ist Standortschule für das produktive Lernen im gesamten Landkreis. Wir nehmen Schüler aus dem gesamten Landkreis auf, die kurz vor dem Schulversagen stehen, um ihnen noch die Möglichkeit zu geben, einen Schulabschluss zu erreichen. Damit entlasten wir natürlich andere Schulen. Das sind alles Probleme, die zwischen den Zeilen oft nicht zu finden sind. Das produktive Lernen ist sehr erfolgreich. Im vergangenen Jahr hatten wir Schüler, die alle ihren Abschluss geschafft haben, auch unter sehr großem Aufwand.

Nicht nur Schulsozialarbeit, auch die bildungsbezogenen Projekte nutzen wir schon über längere Zeit ganz intensiv zur Berufsvorbereitung.

Frau Klapötke möchte noch mal konkret auf die Frage von Herrn Janas antworten. Wir hatten zu Beginn alle Schulen per Fragekatalog gefragt, da gab es zwei Fragen: „Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die im vergangenen Jahr nicht versetzt wurden“ und „Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die mehr als ein Jahr überaltert sind“. An diesen Fragen kann man weiter festmachen, wie waren die Zahlen zu Beginn bei der Bewerbung um die Schulsozialarbeit, wie sind sie im Jahr darauf, wie sind sie in den Folgejahren. Diese Fragen werden immer wieder abgefragt, dann erfährt man auch Zahlen.

Herr Eisenhut gibt zu bedenken, dass die Schüler wirklich mit einem Abschluss aus der Schule herauskommen; ohne Schulabschluss kann man in Deutschland heutzutage fast nichts anfangen. Mich irritiert die Frage, dass man nach einem Jahr die großen Erfolge abrechnen möchte. Das rechnet sich aber erst nach Jahren. Wenn in der 12. Klasse Zeugnisse ausgegeben werden, merkt man, wie viele Schüler ab der 5. oder 7. Klasse auf der Strecke geblieben sind, das ist eine große Anzahl.

Was ich nicht unbedingt teilen kann, ist die Sache mit dem Vermeiden von Wiederholungen. Ich bin der Meinung, das Wiederholen eines Schuljahrgangs kann man als Chance sehen, manchem bringt es Erfolge und hilft es.

Dazu antwortet Frau Groß, dass es die Zielsetzung des Landesprogrammes ist, das haben sich Kultusministerium und Sozialministerium so auf die Fahnen geschrieben. Für mich ist wichtig, welche Unterstützung bekommt man, auf welches Interesse stößt man, wenn man auf Landesebene guckt. Was wir mit den Projekten erreichen können, erreichen wir hier vor Ort. Wir können uns nicht an Modellen in Großstädten orientieren.

Herr Dr. Kühn fragt noch mal zum besseren Verständnis: Was ist, wenn jemand in der 11. Klasse vom Gymnasium abgeht? Dann hat er keinen Abschluss.

Darauf antwortet Herr Eisenhut. Er hat einen dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschluss. Es ist möglich, am Gymnasium ein Abgangszeugnis zu bekommen, mit dem kann man sich auch bewerben. Problem: Wenn man in der 11. Klasse abgeht, hat man meistens in der 10. Klasse ein Zeugnis mit desaströsen Zensuren. An der Stelle sind den Schulen auch die Hände gebunden, irgendetwas zu machen. Es ist derzeit beängstigend, was mit den Schülern los ist, die nach 1990 geboren wurden.

Frau Braun ist der Meinung, dass man zusammenfassend doch eine Mitteilung an das Landesverwaltungsamt geben sollte. Es ist doch kein Schulversagen, wenn die Eltern und Lehrer gemeinsam entscheiden, dass ein Schüler eine Klasse noch mal wiederholt. Für viele ist es eine Chance, sich noch mal zu sammeln und noch mal einen Ruck zu bekommen, doch das Abitur oder den Realschulabschluss zu machen. Jeder hat mal eine menschliche oder seelische Krise (privat, körperlich, gesundheitlich). Ich finde es falsch, daran das Projekt zu messen, wenn wir „Sitzbleiber“ hätten, dass das ein Versagen des Projektes wäre. Wenn Schüler länger lernen müssen, weil sie es nicht so schnell begreifen, dann sind sie nicht dümmer – sie lernen nur anders. Also müssen wir auch Kindern gewähren, dass sie wiederholen dürfen und dann doch das Abitur schaffen. Manche Kinder können die erste Klasse zweimal wiederholen, und jetzt soll es nicht mehr sein – wir entwickeln immer neue Konzepte und das Kind bleibt außen vor. Deshalb brauchen auch die Gymnasien Schulsozialarbeit. Wir brauchen keine Projekte, sondern feste Installationen, auf Dauer angelegte Schulsozialarbeiter.

Herr Dr. Kühn fragt nach, wann das nächste Mal darüber berichtet wird.

Frau Dr. Bergmann ist der Meinung, dass der nächste Bericht nach Ende des Schuljahres (November/Dezember) vorgetragen werden kann.

zu TOP 5 Struktur und Aufgaben des Jugendamtes (BE: Frau Müller)

Frau Müller erläutert in einem Kurzaufsatz mit Hilfe des Beamers die Struktur und die Aufgaben des Jugendamtes (siehe Anlage). Wenn ein bestimmtes Thema zu kurz sein sollte, können wir sehr gerne immer mal auf einer JHA-Sitzung einen Themenkomplex etwas tiefer beleuchten.

Herr Dr. Kühn fragt nach der Größe des Budgets im Kreis.

Frau Müller teilt mit, dass sich das Budget der Jugendhilfe insgesamt bei 25 Mio. Euro einpendelt, der reine Zuschussbedarf (Ausgaben minus Einnahmen) liegt so ca. bei 15 Mio. Euro.

Frau Rensmann fragt nach den bearbeiteten Fallzahlen, bleiben die konstant oder steigen die Zahlen.

Frau Müller differenziert nach Aufgabenbereichen. Generell sind wir nicht mit sinkenden Fallzahlen gesegnet, egal, ob Unterhaltsvorschuss, Übernahme der Elternbeiträge oder Hilfen zur Erziehung. Vor 2003 lagen wir z. B. bei Hilfen zur Erziehung bei ca. 200 Kindern (stationär fremduntergebracht), heute liegen wir im Durchschnitt bei 125 Kindern. Neben der Heimunterbringung haben wir noch die unterschiedlichsten Hilfeformen, wenn man die zusammenaddiert, sind die Hilfen seit 2003 nach oben gegangen. Wir können feststellen, dass wir damit dem Bundestrend folgen.

Frau Braun will es ruhig so benennen, wie es ist: Das hat etwas mit der sozialen Struktur und mit der Arbeitsplatzsituation und mit unseren sozialen häuslichen Verhältnissen zu tun. Obwohl wir rapide jährlich bevölkerungsmäßig abnehmen, werden in den sozial schwachen Familien eindeutig mehr Kinder geboren, haben wir prozentual keinen Rückgang, sondern steigendes Niveau. Das muss man politisch zur Kenntnis nehmen. Es wird sich in der ARGE in den U-25-Fällen und auch in den anderen Maßnahmen mit ALG II niederschlagen. Wir rutschen immer mehr im Haushalt ins Minus bei uns im Landkreis.

Herr Eisenhut teilt mit, dass es in Tangermünde für die Jugendarbeit eine Stiftung gibt, die „Hugo-Meyer-Nachfahren-Stiftung“. Wir haben auch eine Vielzahl von Vereinen, die werden derzeit noch mit Heizung, Elektro usw. von der Stadt bezuschusst, und aufgrund der ganzen finanziellen Situation ist auch die Überlegung, ob man solche Zuschüsse weiter zahlen kann und wie ist dann die Reaktion. Beiträge müssten erhöht werden und damit gräbt man dann den Vereinen das Wasser ab. Hier muss man überlegen, welche Maßnahmen muss man gegenleiten, eigentlich macht die Bundesregierung an der Stelle genau das Falsche. Die kommunalen Haushalte platzen bald.

zu TOP 6 Informationen zum Kinderschutzgesetz (BE: Frau Müller)

Frau Müller informiert darüber, dass der Landtag das „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern“ für Sachsen-Anhalt im Dezember verabschiedet hat. Mittlerweile ist es auch veröffentlicht. Darin ist u. a. geregelt, dass das Land ein Zentrum für frühe Hilfen einrichtet, dass die Landkreise verpflichtet, entsprechende Netzwerkstellen Kinderschutz einzurichten (allerdings bekommen wir dafür etwas Geld). Das Gesetzblatt wird mit dem Protokoll zugeschickt.

zu TOP 7 Anfragen und Hinweise

Herr Dr. Kühn sprach an, dass die stationäre In-Obhut-Nahme einmal auf die Tagesordnung kommen soll, da gab es eine Vorstellung des Heimes „Ambivalenz“, das war in der Presse zu lesen, auch die Reaktion von Frau Müller darauf. Diesen Komplex sollte man vielleicht als eigenen Tagesordnungspunkt nehmen für den nächsten Ausschuss.